



KOMMENTAR

Prävention durch Präsenz

Von Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

„Endlich“, möchte man ausrufen. Endlich kehrt die Gefahrenabwehr zurück an ihren Platz.

Regierungskunst ist das Erkennen von Herausforderungen sowie die Entwicklung und Durchsetzung von geeigneten Lösungen. Mit den aktuellen Entscheidungen zu mehr Präsenz im öffentlichen Raum im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei wird erkennbar die Priorität verändert. Der Innenminister will das Sicherheitsgefühl der Menschen bedienen. Es geht nicht nur darum, das Risiko bei einer Tatbegehung durch polizeiliche Präsenz zu erhöhen. Die individuelle Lebensqualität wird durch zahlreiche politische, soziale, wirtschaftliche und umweltorientierte Faktoren bestimmt. Dazu gehören auch persönliche Sicherheit und Gesundheit, Bildungs- oder Verkehrsangebote. Jedoch: Vieles davon wurde in den vergangenen Jahren abgebaut. Denken wir an all die Verwaltungsreformen! Die Aufgaben vermehrten sich, während Personal reduziert und damit bewährte Strukturen zerschlagen wurden. Die Politik gab Versprechen ab, die der Staat nicht mehr halten konnte. Öffentliche Unordnung und sichtbare Verwahrlosung können kriminalitätsfördernd sein. Eine Ordnung muss so verfasst sein, dass die Menschen sich in ihr wohlfühlen. Für Bürgerinnen und Bürger sind das Sicherheitsgefühl und die Sicherheitslage wichtige Aspekte ihres Wohlbefindens. Das alltägliche Erleben von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung führt in weiten Kreisen der Gesellschaft zu Verunsicherung, gar zu Furcht. Bestimmte Gegenden und Stadtviertel werden gemieden, zu manchen Zeiten traut man sich nicht mehr allein auf die Straße, einige Verkehrsmittel oder Bahnhöfe werden nicht mehr genutzt. Das Vertrauen in den Staat – der vermeintlich nicht ausreichend schützen kann (oder auch nicht will?) – nimmt ab, die Staats- und Politikverdrossenheit steigt. Das Zusammenleben der Menschen und die Gewährleistung des Gemeinwesens vertragen keine fortgesetzte Demontage polizeilicher Strukturen. Die Polizei ist

dann nur noch bei Veranstaltungen, Fußballspielen, Demonstrationen oder Großensätzen erkennbar. Die Menschen erwarten aber bei Bedarf auch überall vor Ort innerhalb zumutbarer und angemessener Zeit polizeiliche Reaktionen.

Die lange schwelende Bedrohung, dass die Innere Sicherheit als fundamentale Aufgabe des Staates durch die sogenannte Schuldenbremse endgültig „ausgebremst“ werden könnte, ist Wirklichkeit geworden. Häufig genug wurde dies als bloße Gewerkschafter-Rhetorik abgetan. Die Opfer von Gewalt und ihre Hinterbliebenen haben dazu eine andere Meinung! Die staatliche Ordnung wurde zum Nachteil der Menschen verändert.

Seit den 1990er-Jahren fehlte jeder politischen Führung im Bereich der Inneren Sicherheit die Fähigkeit, für längere Zeithorizonte strategisch zu planen. Diese fehlende programmatische Führung machte Platz für betriebswirtschaftliche Steuerung. Dem „Schlanken Staat“ folgte die Politik der „Schwarzen Null“. Die Folge: Polizeipräsenz und damit auch die Prävention in der Fläche wurden abgebaut. Aus dem polizeilichen Alltag wissen wir nur zu genau, wie wenig sich unsere Arbeit an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien messen lässt. Der gesamte präventive Bereich entzieht sich einer konkreten Bemessung im Sinne einer klassischen Kosten-Nutzen-Rechnung.

Der Staat hat eine Schutzverpflichtung und der Einzelne ein Recht auf Schutz durch die staatliche Ordnung. Viel zu lange wurde die Innere Sicherheit nur durch die Kostenbrille betrachtet. Die Sichtbarkeit der Polizei auf die Strafverfolgung reduziert. Wir als Gewerkschaft der Polizei für die Bundespolizei erkennen nicht erst im Nachhinein, dass es kontraproduktiv war, Stellenabbau und Unterfinanzierung im Sachhaushalt zuzulassen. Wir haben bereits seit 2007 auf diese Missstände hingewiesen. Ökonomie allein darf nicht dominieren.

Trotz fast einem Jahrzehnt der „Bedrohungsrhetorik“ mit Gesetzesverschärfungen fehlt es in der Politik an



Foto: GdP

einem Gesellschaftsentwurf, der den Bedürfnissen der Menschen nach Ordnung und Sicherheit gerecht wird. Doch Ordnung schaffen ist nicht nur Aufgabe des Staates und der Polizei. Auch andere Akteure müssen ihren Beitrag leisten. Nutznießer einer polizeilichen Dienstleistung an den Flughäfen und Bahnhöfen sind nicht nur die Reisenden, sondern auch die Betreiber. Auch über ihren Beitrag für mehr Ordnung muss gesprochen werden.

Wir nehmen für uns auch in Anspruch, dass die aktuellen Veränderungen ohne unsere Mahnungen und Warnungen seit Beginn der 1990er-Jahre nicht erfolgt wären. Dies lässt sich auch durch die Rede des amtierenden Innenministers auf dem Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei im November 2018 ableiten: „Ich glaube, als Politiker darf man sagen: Der Trend im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts (...) ging zur Neoliberalität. Nur ganz wenige haben da Kurs gehalten – die Gewerkschaften gehören dazu – und sind nicht der Neoliberalität anheimgefallen. Da sind viele Fehler gemacht worden. Einer der Fehler war eben das Sparpotenzial zulasten der Sicherheit und der Personalausstattung.“ Er gibt ein Versprechen ab, allein darin besteht ein Fortschritt. Nun muss es nur noch eingelöst werden.

Mit diesem Blick zurück, mit dieser Erkenntnis lässt sich die Kurve kriegen. Doch der Weg ist noch nicht zu Ende. Nicht nur mit Blick auf die Aus- und Fortbildungsorganisation und die Unterstützungsleistung der Verwaltung darf in den Bedarfsforderungen für mehr Personal nicht nachgelassen werden.



Liegenschaftssituation und Wohnraumfürsorge im Fokus

Am 30. Juli 2019 trafen sich der GdP-Bezirksvorsitzende Jörg Radek, seine Stellvertreterin Erika Krause-Schöne und Vorstandsmitglied Andreas Roßkopf zu einem Gespräch mit Paul Johannes Fietz, dem stellvertretenden Vorstandssprecher der BImA, und den zuständigen Bereichsleitern für Wohnraum-Bestandsvermietung und -Neubau sowie Facility Management/Liegenschaftsverwaltung. Schwerpunkte des Gesprächs waren die Liegenschaftssituation und die Wohnraumfürsorge.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Saskia Galante
Tel.: 0211 7104-514
E-Mail: galante@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.
Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

Jörg Radek verdeutlichte zu Beginn des Gesprächs, wie dringlich tragfähige Lösungen zur Liegenschaftssituation der gesamten Bundespolizei sind. Anhand verschiedener konkreter Fallbeispiele aus der gesamten Republik zeigte er den akuten Handlungsbedarf auf und verwies dabei auch auf die viel zu langwierigen Prozesse. Es müsse beschleunigte Verbesserungen geben – gerade vor dem Hintergrund der Personalauswüchse in der Bundespolizei. Dies würde zu einer erheblichen Steigerung der Raumbedarfe in den Dienststellen führen.

Darüber hinaus erläuterte er die prekäre Situation in Hochpreisregionen und dass es bei der Wohnraumfürsorge nicht um „Luxusprobleme“, sondern um die Grundbedürfnisse der Beschäftigten der Bundespolizei gehe. Ein treibender Grund sind die rasant steigenden Mietpreise in den Metropolregionen. Er ergänzte, dass allerdings gerade in diesen Regionen Kriminalitätsschwerpunkte liegen und verwies erneut auf den Personalauswuchs in der Bundespolizei. Dadurch steigt auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für die Kolleginnen und Kollegen.

Verfahrenswege verschlanken

Paul Johannes Fietz verwies seinerseits auf die Struktur der BImA und ihren ursprünglichen Auftrag: Sie wurde gegründet, um Bundesliegenschaften gewinnbringend zu veräußern. Heute sei die BImA als Verwalter und Vermieter von Bundesliegenschaften für eine Vielzahl von Bedarfsträgern zuständig und musste somit einen Strukturwandel vollziehen. Größtes Ziel sei es nun, die von den GdP-Vertretern bemängelten, oft sehr langen Verfahrenswege zu verschlanken, um schneller agieren zu können. Dies sei im Zusammenspiel mit den unterschiedlichsten Behörden, Kommunalpartnern und Bedarfsträgern nicht einfach. Dazu komme, dass die BImA durch die Neuausrichtung auch mit einem sehr hohen Personaldefizit zu kämpfen habe.

Zur Wohnraumfürsorge wurde ein Konzept entwickelt, bei dem sogenannte BImA-Wohnungen im Mietpreis gedeckelt werden sollen, um bezahlbar zu bleiben. Hier dürfe dann nicht der marktübliche Mietpreis (wie vom Bundesrechnungshof gefordert) maßgeblich sein, sondern das jeweils

untere Segment des jeweiligen Mietpreisspiegels. Derzeit verfügt die BImA über 36.000 eigene Wohneinheiten sowie 23.000 sogenannte Drittwohnungen, bei denen sie Wohnungsbesetzungsrechte besitzt. Letzteres bedeutet, dass die BImA mit den Vermietern über einen langen Zeitraum Mietverträge abschließt und diesen die üblichen Mieten zahlt. Für den Mieter jedoch werden die Mieten auf eine bestimmte Höhe gedeckelt. Die Differenz zwischen der gedeckelten Miete sowie dem eigentlichen Mietpreis für den Vermieter trägt die BImA. Auf diese Weise soll die Miete für die Beschäftigten der Bundespolizei bezahlbar bleiben.

Wohnraumbeschaffungsoffensive

Generell sei bei der BImA eine Wohnraumbeschaffungsoffensive gestartet worden, die sich in zwei Bereiche gliedere: Eigenbau und Ermittlung von Liegenschaften, die nach einem Umbau als Wohnraum genutzt werden können. Hier wurden nach Angaben der BImA bereits 180 eigene Liegenschaften ermittelt, die ein Wohnraumpotenzial von circa 6.000 bis 8.000 Wohnraumeinheiten ergeben. Diese befinden sich hauptsächlich in den Metropolregionen Köln, Berlin und München.

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass bei der Wohnraumfürsorge Möglichkeiten sowohl für Umzugswillige, aber auch für Pendler gegeben sein sollten. Dies müsse sich in der Beschaffenheit der Wohnungen widerspiegeln.

Zur besonderen Problematik in den Hochpreisregionen befragte Paul Johannes Fietz den Vorschlag der GdP, den Warenkorb als Grundlage zu nehmen und einen Zuschlag analog den Auslandsverwendern in der Bundespolizei zu zahlen. Einigkeit herrschte auch bei der Feststellung, dass eine Hochpreisregion nicht nur Ballungszentren betrifft.

Das Gespräch wurde in einer offenen Atmosphäre geführt. Man sicherte sich gegenseitig einen weiteren engen Austausch zu, um gemeinsam eine möglichst schnelle Verbesserung im Bereich Liegenschaften sowie Wohnraumfürsorge zum Wohle aller Beschäftigten in der Bundespolizei zu erreichen.

**Andreas Roßkopf, Vorstandsmitglied
des GdP-Bezirks Bundespolizei**



BEDINGUNGEN BEI RÜCKFÜHRUNGEN

GdP bleibt am Ball

Themen

Nachfolgend eine stichpunktartige, nicht abschließende Aufzählung von besprochenen Punkten:

Arbeitszeitfragen aller Art:

- Reiserouting und die Rolle von Brokern
- Sachstand BesStMG in Zusammenhang mit Arbeitszeitfragen
- Änderung der AZV
- Ausfallprinzip
- Ruhezeiten
- Kompensationsmöglichkeiten
- Höchstarbeitszeiten
- Reisekosten

Ausstattung:

- BodyCuff (Festhaltegurte)
- Rucksäcke, Gürteltaschen
- Schutzausstattung
- Diverse Schnitzzusatzausstattungen
- Schwierigkeiten bei Beschaffungsaufträgen
- Materialbeschaffenheit
- SINA-Workstation

Die GdP engagiert sich weiter für bessere Arbeitsbedingungen der Personenbegleiter Luft (PBL) und anderer Personenbegleiter der Bundespolizei. Minister Horst Seehofer hatte in Beantwortung des Verbesserungskatalogs der GdP angeordnet, dass das BMI und das Bundespolizeipräsidium die von der Basis aufgeworfenen Fragen mit der GdP im Dialog lösen sollen. In Fortsetzung der Gespräche trafen sich die GdP-Vorstände Sven Hüber und Roland Voss mit Gernot Achsnich, dem Referatsleiter B1 des BMI, um die noch offenen Arbeitszeitfragen für Rückführer aus dem GdP-Forderungskatalog erneut zu besprechen. Die GdP-Vertreter vereinbarten mit dem BMI einen ganzen Katalog von Prüfpunkten. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die Arbeitszeitanrechnungen bei Abbruch von Rückführungsmaßnahmen und die Anrechnung von Reisezeiten. Roland Voss: „Ergebnisse können noch nicht vorgestellt werden, dafür ist es noch zu früh. Jedoch ist erkennbar, dass sich auch in diesem schwierigen Paket unsere Arbeit auszahlen wird.“

Ein weiteres vertrauensvolles Gespräch führten Hüber und Voss mit dem

Abteilungsleiter 6 des Bundespolizeipräsidiums, Herrn Meyer, und weiteren Kollegen der Abteilung 6 zum Sachstand „Ausstattung der PBL“. Auch hier haben die GdP-Vertreter alle relevanten Punkte angesprochen. Während des gesamten Gesprächs zeigte sich, dass das Bundespolizeipräsidium sichtlich bemüht ist, alle aufgestellten berechtigten Forderungen der GdP nach und nach umzusetzen. Dabei wird den Direktionen ausdrücklich auch Eigenverantwortung mit eingeräumt. Einen Schwerpunkt bildete die Suche nach Verbesserungen der Abnutzungsentschädigung für das Tragen ziviler Kleidung und Möglichkeiten der besseren Ausstattung mit Schnitzzusatz. Sehr erfreulich war die Vorstellung des neuen Reinigungs- und Wartungskonzepts für die Nachfolgemodelle des BodyCuff. Es zeigte sich auch hier, dass die GdP-Initiative und der Forderungskatalog berechtigt waren und die partnerschaftliche Abarbeitung mit der dienstlichen Leitung zu Verbesserungen führt. Die GdP bleibt weiter dran.

Sven Hüber und Roland Voss für den Vorstand des GdP-Bezirks Bundespolizei

AUSLANDSEINSATZ UND ERSCHWERNISZULAGE

Wegfall der Zulage führt nicht zum Wegfall anzurechnender Arbeitszeit

Wenn Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte Wechselschichtdienst rund um die Uhr leisten, haben sie Anspruch darauf, dass dieser besonders berücksichtigt wird. Eine Regelung findet sich hierzu in § 17 a EZuLV, die hierfür eine monatliche Erschwerniszulage vorsieht.

Auf eben diese Regelung wird auch in der AZV Bezug genommen. Danach sind Ruhepausen auf die Arbeitszeit anzurechnen, wenn die Kolleginnen und Kollegen dementsprechenden Wechselschichtdienst und dabei 35 Nachtdienststunden im Kalendermonat leisten.

Werden Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte darüber hinaus im Ausland eingesetzt, sind für sie zusätzliche Leistungen vorgesehen wie Auslandsbezüge, Auslands(verwendungs)zuschläge, Mietzuschüsse, Kaufkraftausgleich. Im Gegenzug entfällt dann jedoch die Wechselschichtzulage.

In einem Rechtsstreit vertrat das Auswärtige Amt zunächst die Auffassung, dass mit dem Wegfall der Wechsel-

schichtzulage gleichzeitig der Anspruch auf eine Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit entfällt.

Doch es besann sich eines Besseren, ohne dass hierfür Verwaltungsgerichte bemüht werden mussten: Es erkannte in einem zweiten Schritt an, dass sehr wohl eine Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit erfolgen muss, wenn die Voraussetzungen für Wechselschichtdienst vorliegen, auch wenn kein Anspruch auf eine entsprechende Erschwerniszulage besteht.

Allerdings erkannte das Auswärtige Amt diese Anrechnung erst ab dem Zeitpunkt an, zu dem die Kolleginnen und Kollegen einen entsprechenden Antrag gestellt hatten, sodass für davor liegende Zeiträume noch eine gesonderte gerichtliche Klärung erfolgen muss. Dieser sehen wir jedoch zuversichtlich entgegen.

Cornelia van Buren, Koordinatorin für Beamten- und Verwaltungsrecht bei der DGB Rechtsschutz GmbH

Nicht irreführen lassen

Wenn Kolleginnen und Kollegen den Ausgleich von Arbeitszeit verlangen, wird ihnen gelegentlich vom Dienstherrn entgegengehalten, dass sie doch schon genügend Vergünstigungen erhalten würden, beispielsweise die Polizeizulage, Erschwerniszulagen oder auch früher in den Ruhestand gehen können als andere Beamtinnen und Beamte.

Hier sollte sich niemand irreführen lassen: Der Ausgleich von Arbeitszeit lässt sich nicht abkaufen, sondern ist ein eigenständiger Anspruch zum Schutz und im Sinne der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen, der mit anderen Vergünstigungen nicht aufgewogen werden kann.



Karsten Kube in den Ruhestand verabschiedet

Nach 43 Dienstjahren wurde kürzlich in einer Feierstunde in Bunde Karsten Kube verabschiedet.

In seiner Dienstzeit hat er sich überall, wo er gearbeitet hat, für den GdP-Bezirk Bundespolizei eingebracht. Viele Jahre war er sowohl Kreisgruppenvorsitzender der KG Bad Bentheim als auch der dortige Vorsitzende des örtlichen Personalrats.

In diesen Funktionen sowie in seinen dienstlichen Tätigkeiten hat sich Karsten bei seinen KollegInnen, bei den Vertretern der überörtlichen Personalräte und seiner GdP sowie bei Vorgesetzten großes Ansehen erworben. Das wurde bei der Veranstaltung sowohl durch die große Anzahl der TeilnehmerInnen deutlich (das Revier Bunde war fast geschlossen dabei) als auch

durch die Rede des Referenten im BMI, Frank Vornholt, der als ehemaliger BPOLI-Leiter die offizielle Verabschiedung vornahm.

Der Bezirksvorsitzende Jörg Radek, der DG-Vorsitzende Martin Schilff, der Vorsitzende des GPR, Udo Glinke, sowie der KG-Vorsitzende BBH, Andreas Stock, wiesen bei ihren Grußworten auf die Verdienste und die freundschaftliche Zusammenarbeit von und mit Karsten hin.

Nachdem er zum Ende seiner Dienstzeit als Einstellungsberater für die BPOL gearbeitet hat, „ist er jetzt soweit“ für seinen neuen Lebensabschnitt, für den wir ihm viel Zufriedenheit, Gesundheit und Glück wünschen.

Martin Schilff, Vorstandsmitglied des GdP-Bezirks Bundespolizei



Foto: GdP/Martin Schilff

Auf die Schienen, fertig, los!

Nahe dem Ort Wilschdorf an der B6 befindet sich die seit 2007 stillgelegte Bahnstrecke Pirna-Kamenz. Ein Tourismusunternehmer hat die Trasse sowohl in Richtung Arnsdorf als auch nach Dürrröhrsdorf-Dittersbach für den muskelbetriebenen Bahnverkehr aktiviert.

Das wollten wir von der Seniorengruppe Pirna am 17. Juli 2019 mal ausprobieren. Mit sechs Fahrrad-



Foto: GdP/Petra Ehm

draisinen bestehend aus zwei Fahrrädern, die den Kontakt zur Schiene halten, und einer mittig montierten Bank ging es nach einer kurzen Einweisung auf die fünf Kilometer lange Strecke. Auf jeder Draisine haben vier Personen Platz. Zwei mussten in die Pedale treten, um vorwärts zu kommen. Die Mitfahrer auf der Bank konnten vorerst Kräfte sparen und den Blick in den Karswald schweifen lassen, bis sie zur Ablösung gebraucht wurden. Erst vom Wendepunkt aus merkten wir, dass es auf der Hintour eher bergab ging und der Rückweg doch mehr Pedaleinsatz erforderte.

Auf der Strecke mussten wir auch einen Bahnübergang passieren, der aber nicht die Straße, sondern das Gleis sperrt. Hier hatten wir kein Vorrecht, der Straßenverkehr musste beachtet werden. Als Schrankenwärterin hat

sich Gudrun absolut bewährt und so konnten wir gefahrlos den Straßenübergang passieren.

Am Endpunkt wurden die Draisinen für die Rückfahrt auf der Drehscheibe gewendet. Ja, die letzten werden die ersten sein, so kann es auch mal sein.

Nach einer kurzen Pause, die wir auch zur Regulierung des Feuchtigkeitshaushaltes nutzten – denn es gab einen kleinen Sektumtrunk –, ging es zurück zum Ausgangspunkt.

Fazit: Draisine fahren macht Spaß und kommunikativ ist es außerdem. Aktivität und Geselligkeit als Konzept für 24 Teilnehmer ist voll aufgegangen, zumal auf eine Einkehr im „Schwarzen Ross“ in Fischbach zum Mittagessen nicht verzichtet wurde.

Petra Ehm, Vorsitzende GdP-Seniorengruppe Pirna

GdP-Kreisgruppe MUC spendet Kaffeemaschine

Ohne zu zögern spendete die GdP-Kreisgruppe MUC kürzlich eine Kaffeemaschine für die DG 41 am Flughafen München, nachdem sie eine diesbezügliche Anfrage durch diese bekommen hatte. Die Kaffeemaschine wird nicht nur von den Angehörigen der DG 41 genutzt, sondern auch von den Kolleginnen und Kollegen der

Bundes- und Landespolizei, die sich im Aufenthaltsraum der DG 41 aufhalten. Zusätzlich wird die Maschine noch bei Sammelrückführungen am Flughafen München verwendet, um die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mit dem „schwarzen Gold“ zu versorgen.

Sven Armbruster, Vorsitzender GdP-Kreisgruppe MUC



Foto: GdP/Sven Armbruster



AUS DEM GEWERKSCHAFTLICHEN LEBEN

Tage der offenen Tür in Bamberg und Diez



Alle Fotos: GdP



Einfach da?



Foto: GdP/Berthold Hauser

Ein Teil des Fundamentes gut funktionierender Personalratsarbeit sind unsere Kolleginnen und Kollegen in den Geschäftszimmern der Personalvertretungen. Sie unterstützen nicht nur die Personalvertretungen, sondern sind zum Großteil auch überzeugte Gewerkschafter und GdP-Vertreter. Häufig sind hier Tarifbeschäftigte anzutreffen, die überwiegend im Hintergrund arbeiten. Durch ihre tatkräftige Unterstützung erleichtern sie die Tätigkeit der Vorsitzenden enorm und halten das Rädchen am Laufen.

Eine dieser Kolleginnen ist unsere Beate Raubald, die als Leiterin des Geschäftszimmers des Gesamtpersonalrates der Bundespolizeidirektion Stuttgart fungiert. Bereits seit mehreren Jahren koordiniert sie die Termine, insbesondere die des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden, die in weiteren

notwendigen personalrätlichen Tätigkeiten häufig nicht vor Ort sein können und hält engen Kontakt, damit diese auf dem Laufenden bleiben. Sie fungiert als erste Ansprechpartnerin für die Kolleginnen und Kollegen sowohl extern als auch vor Ort und berät sie freundlich. Weiterhin trifft sie Absprachen mit der Hausleitung der Bundespolizeidirektion Stuttgart sowie den Stabs- und Sachbereichen. Sie bereitet die Sitzungen des Gesamtpersonalrates vor, befüllt die Tagesordnung, lädt ein und organisiert die Unterbringung der auswärtigen Sitzungsteilnehmer. Daneben bearbeitet sie noch den umfangreichen Posteingang des Gesamtpersonalrates. Jedes Mitglied in der Geschäftsführung weiß, was da von Sitzung zu Sitzung aufläuft. Es muss bewertet, verteilt und in den entsprechenden Ablagen gespeichert werden. Diese Aufzählung ist selbstredend nicht abschließend und es gilt für diese selbstlosen Tätigkeiten auch einmal auf diesem Wege, stellvertretend für alle in den Bereichen der Geschäftszimmer tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die einfach da sind, auch mal einfach Danke zu sagen.

Berthold Hauser, Vorstandsmitglied des GdP-Bezirks Bundespolizei

Einsatzbetreuung

Im Namen der GdP-Kreisgruppe Küste besuchten Rüdiger Richter und Detlev Mantei die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen der BPOLI Neustadt und des Direktionsbereiches See anlässlich des 10. Tages der Küstenwache im Neustädter Hafen.

Neben vielen Gesprächen zu den ganz aktuellen Themen waren sie von der hohen Motivation und der Freude der Kolleginnen und Kollegen beeindruckt, die ihren Beruf den vielen Menschen nähergebracht haben. Im Vorhinein wurde der Versorgung eine große Eisration für die Tage zur gelegentlichen Abkühlung übergeben, die von den Einsatzkräften sichtlich genossen wurde. Die GdP KG Küste unterstützte auch die Tombola der BPOLI Neustadt zugunsten eines guten Zweckes.

GdP-Kreisgruppe Küste



Foto: GdP-Kreisgruppe Küste



Dank für Treue und Engagement



Für die GdP-Kreisgruppe Walsrode gratulierten der Vorsitzende Jan Best und Karl-Heinz Behr von der Seniorengruppe Heinz Rosebrock (M.) auf seiner Terrasse zu über 40 Jahren Mitgliedschaft. Foto: GdP/KG Walsrode



Im Juni ehrte die GdP-Kreisgruppe Niederrhein Hans Wilhelm Deußen für seine 65-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft. Im Laufe der Jahre bekleidete Willi viele Ämter in der GdP und ist auch heute noch als Seniorenvertreter aktiv. Die Kreisgruppe freut sich, Willi in ihren Reihen zu haben und wünscht ihm noch viele aktive, gesunde und fröhliche Jahre. V. l.: Dieter Brouwers, Hans Wilhelm Deußen, Frank Stratmann. Foto: GdP/Frank Stratmann



[1]



[2]



[3]



[4]

Der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe MUC, Sven Armbruster, durfte in den vergangenen Wochen gleich mehrere Ehrungen für jeweils 25 Jahre GdP-Mitgliedschaft durchführen: [1] Armin Gaßner, [2] Bärbel Hensdiek, [3] Marion Einzinger und [4] Jochen Bierdämpfl. Fotos: GdP/Sven Armbruster



Im Namen der GdP-Kreisgruppe Küste ehrte Michael Rödel den Kollegen Michael Moll (l.) für 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft. Dies war in kurzer Zeit die zweite Urkunde für den Kollegen, denn nur Tage zuvor wurde er befördert. Foto: GdP/KG Küste



EHRUNGEN – MEHR ALS EINE GESTE



Im Namen der GdP-Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie ehrte der Vorsitzende Rüdiger Maas (beide Male rechts im Bild) kürzlich die folgenden Mitglieder für ihre Treue zur Gewerkschaft: [1] v. l. Andreas Quurk für 25 Jahre Mitgliedschaft, Axel Baumann und Andreas Möller für jeweils 40 Jahre Mitgliedschaft sowie [2] Marco Karsten ebenfalls für 25 Jahre in der GdP. Fotos: GdP/Rüdiger Maas



Ulrich Grieße wurde von der GdP-Kreisgruppe Bremen für 65 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Die Gratulanten entsprachen dabei seinem Wunsch nach einer Ehrung im kleineren Kreis. Im Anschluss kam es noch zum gemütlichen Beisammensein. Die GdP-Kreisgruppe Bremen wünscht Ulrich Grieße weiterhin viele gesunde Jahre. V. l.: Detlef Ahlers, Sylvia Nickel, Ulrich Grieße und Fritz Müller. Foto: GdP/KG Bremen



Michael Pistner, der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Kempten (Immer rechts im Bild), konnte kürzlich gleich drei Mitglieder für ihre Treue zur GdP ehren. Seit 25 Jahren in der GdP sind [1] Christian Thomas und [2] Dirk Lutterloh. Aufgrund der Wirren in der Hochphase der Migration im Jahre 2014 ist leider die Ehrung eines langjährigen und verdienten Mitglieds untergegangen, die nunmehr nachgeholt werden konnte: Michael Steiner wurde für seine 40-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt [3]. Er wirkte unter anderem im Revier Lindau im Rückführungsbereich, bevor er seine jetzige Tätigkeit als Bearbeiter W/T/ABC/DH bei der BPOLI Kempten antrat. Auch war er in der BPOLI Rosenheim im örtlichen Personalrat aktiv. Fotos: GdP/Michael Pistner



Im Rahmen des Delegiertentages der GdP-Kreisgruppe Mecklenburg-Vorpommern hat der Vorsitzende Stephan Lange den KG-Mitbegründer Lothar Lindner (r.) für seine 40-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt. Foto: GdP/Dirk Stooß



Rüdiger Richter (l.), Standortbetreuer für den DB SEE, konnte kürzlich Birgit Thärichen für 25 Jahre sowie Torsten Westphal und Christian Johannsen jeweils für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP ehren. Foto: GdP/KG Küste



Vorstandssitzung in Rostock

Für eine flächenmäßig so große GdP-Kreisgruppe wie die KG Nord des Zolls ist es schon recht aufwendig, die Zusammenarbeit der einzelnen Vorstandsmitglieder zu koordinieren, reicht die Zuständigkeit doch von Schleswig-Holstein über Hamburg bis nach Mecklenburg-Vorpommern.

Dementsprechend sind ihre Vorstandsmitglieder auch räumlich weit verteilt. Ein großer Teil der Vorstandsarbeit findet daher per Telefon, E-Mail oder über soziale Medien statt. Mindestens einmal im Jahr jedoch kommen alle Mitglieder des erweiterten Vorstands an einem Tisch zusammen, um die bisherige Vorstandsarbeit kritisch zu beraten und die weitere Marschrichtung zu bestimmen.

In diesem Jahr traf sich der Vorstand am 15. August in den Räumlichkeiten des Bildungszentrums Rostock. Auf der Tagesordnung standen neben Berichten aus den einzelnen Ortsgruppen der Kreisgruppen und von der Kreisgruppenvorsitzenden-Konferenz in Potsdam vor allem die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) am 23. September 2019 beim neu errichteten Groß-Hauptzollamt Hamburg sowie erste Vorbereitungen auf die Wahl der Personalräte im kommenden Jahr. Auch die veränderte Darstellung der KG über die Medien spielte eine Rolle. Kritisch beurteilt wurde der Weg-



Foto: GdP/Michael Kotjan

fall unserer bisherigen Webseite im Zuge des überarbeiteten einheitlichen Gesamtauftritts der GdP im Netz und die geringe Präsenz der Bezirksgruppe Zoll in der Mitgliederzeitschrift „Deutsche Polizei“.

Andererseits konnten wir feststellen, dass bei neueren Medien wie Facebook und Instagram die Zugriffszahlen stark gestiegen sind, insbesondere wenn es um Themen aus unserem örtlichen Bereich ging.

Eine besondere Form der Pausengestaltung während der Sitzungsstunden ergab sich in diesem Jahr aus der Tatsache, dass sich die Junge Gruppe der GdP am selben Tag im Bildungszentrum den Anwärterinnen und Anwärtern vorstellte. Für die Vorstandsmitglieder war es Ehrensache, die Junge Gruppe zu unterstützen, indem sie sich in den Pausen den neuen Kolleginnen und Kollegen als Gesprächs-

partner zur Verfügung stellten. Eine, wie sich zeigte, für beide Seiten gute und konstruktive Entscheidung. Während sich die Anwärterinnen und Anwärter bei unseren zum Teil altgedienten Vorstandsmitgliedern direkt über den Dienst in den verschiedenen Bereichen des Zolls informieren konnten, erfuhren die Vorstandsmitglieder viel über die Erwartungen und Vorstellungen der jungen Menschen, die zukünftig an unserer Seite arbeiten werden. Erfreuliches Ergebnis dieser Gespräche waren eine ganze Reihe von spontanen Eintritten in die GdP. Insgesamt konnten wir ein positives Fazit der Vorstandssitzung ziehen. Nun wird es darauf ankommen, die neu gestellten Aufgaben im Zollalltag auch umzusetzen.

Gerd-Frank Mattetat
für die GdP-Kreisgruppe Nord
der Bezirksgruppe Zoll

KREISGRUPPE FRANKFURT (ODER)

Vertrauensleuteschulung

Am 14. August 2019 führte die KG Frankfurt (Oder) ihre diesjährige Vertrauensleuteschulung auf dem Gelände der Schießanlage in Frankfurt (Oder) durch. Themen waren dort unter anderem die Mitgliederbetreuung und -werbung, der bevorstehende Delegiertentag der DG Berlin-Brandenburg und die im kommenden Jahr anstehenden Personalratswahlen.



Foto: GdP-Kreisgruppe Frankfurt (Oder)

denburg und die im kommenden Jahr anstehenden Personalratswahlen.

Im Anschluss fand im Beisein einiger Mitglieder noch ein gemeinsames Grillen statt, bei dem noch interessante Gespräche geführt wurden.

Sören Eue für die GdP-KG Frankfurt (Oder)

NACHRUF

Fassungslos trauern wir um unseren Kollegen

Manfred Gartz

Der am 17. Juli 2019 im Alter von 63 Jahren viel zu früh aus dem Leben gerissen wurde.

Wir trauern um einen anerkannten Kollegen, der zu seiner aktiven Zeit seinen Dienst als Kontroll- und Streifenbeamter in der Bundespolizeiinspektion Pasewalk im Bundespolizeirevier Lubmin versah.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freunden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Dirk Stooß für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Stephan Lange für die GdP-Kreisgruppe MV

